
814/J XXV. GP

Eingelangt am 25.02.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mölzer
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

betreffend **der EU-Sanktionspläne gegenüber der Ukraine**

Laut einer APA-Meldung vom 19.2.2014 gedenkt die Republik Österreich die EU-Sanktionspläne gegenüber der Ukraine zu unterstützen. Die Art der Sanktionen wurde nicht kundgetan. In weiterer Folge wurde auch der ukrainische Botschafter in das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten geladen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten folgende

Anfrage

1. Wie ist das Verhältnis zwischen Österreich und der Ukraine grundsätzlich zu beurteilen?
2. Was war der konkrete Inhalt des Gesprächs zwischen dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten und dem ukrainischen Botschafter?
3. Brachte das Treffen neue Erkenntnisse über die aktuelle Lage in der Ukraine?
4. Wie sehen die konkreten Sanktionspläne der EU aus?
5. Wie will sich Österreich an den Sanktionen beteiligen?
6. Gegen wen werden diese Sanktionen konkret eingesetzt?
7. Hat auch die Opposition in der Ukraine Sanktionen zu befürchten?
8. Welches konkrete Ziel sollen die geplanten Sanktionen erreichen, beziehungsweise was verspricht man sich davon?
9. Werden bei der Setzung der Sanktionen die Unterschiede zwischen den pro-westlichen, beziehungsweise den pro-russischen Regionen der Ukraine berücksichtigt?
10. Gibt es alternative Möglichkeiten dabei zu helfen, die Lage in der Ukraine zu verbessern?
11. Wenn ja, welche sind das?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.